

Erscheint 14 tägig

Samstags / Bezugspreis viertel-  
jährlich 1 Mk., durch die Post  
ins Haus gebracht 1.12 Mk. /  
Mitglieder des Gewerbevereins  
für Nassau erhalten das Blatt  
unsonst; Alle Postanhalten  
nehmen Bestellungen entgegen

## Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkündigungs-Organ der handwerksskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die schlaggehaltene  
kleine Zeile oder deren Raum  
60 Pfg.; bei Wiederholungen  
entsprechenden Rabatt; für  
die Mitglieder des Gewerbe-  
vereins für Nassau werden 10  
Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 24. April

Anzeigen-Aannahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

**Inhalt:** Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Gewerliches Unterrichts- und Ausbildungs- (Schul-) wesen. — Reichsverband des deutschen Handwerks an die Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Berlin. — Technische. — Kurze Mitteilungen. — Aus den Kreisverbänden. — Bücherschau. — Handwerkskammer. — Nass. Fortbildungsschulverein.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An die Vorstände der Lokalgewerbevereine.  
Betr. Neugestaltung des Gewerbevereins  
für Nassau.

Es ist ein dringendes Gebot der Stunde, daß bei den herrschenden ungeheuer großen Wirtschaftskampfen der Handwerker und der Gewerbetreibenden sich fester denn je zusammen-  
schließt, um in diesen Kämpfen nicht unbeachtet zu bleiben oder gar an die Wand gedrückt zu werden.

In richtiger Erkenntnis dieser Forderung ist bereits der Reichsverband des Deutschen Handwerks vor kurzer Zeit in Hannover gegründet worden, der den Zusammenschluß des gesamten deutschen Handwerks zur Aufgabe hat.

Diese Einrichtung soll eine machtvolle und eindrucksvolle Organisation die wirtschaftlichen und politischen Forderungen des gesamten deutschen Handwerks vertreten und kraft ihrer energischen Geslossenheit diese Forderungen auch durchsetzen.

Die oberste Zentrale im Reich ist damit gegeben. An uns ist es nun, diese Organisation auszubauen und von unten heraus in einer derart wirkungsvollen Weise auszubauen, daß der Handwerkerstand auch restlos in ihr aufgenommen wird.

Für den Regierungsbezirk Wiesbaden, soweit er das ehemalige Herzogtum Nassau umfaßt, ist durch den über 75 Jahre bestehenden Gewerbeverein für Nassau der Weg für den Zusammenschluß des Handwerkerstandes in diesem Gebiete in gerade zwingender Weise bereits vorgeschrieben.

Der Gewerbeverein für Nassau hat die Pflicht, den verlangten Zusammenschluß herbeizuführen, auch wenn bei Erfüllung dieser Aufgabe die für ihn bisher bestehenden Satzungen hindernd im Wege stehen.

In richtiger Erkenntnis dessen, hat die Hauptversammlung unseres Vereins auf Anregung des Zentralvorstandes und namhafter Lokalgewerbevereine die Satzungen einer grundlegenden Änderung unterzogen und neue Satzungen beschloßen, deren Hauptgrundzuge kurz folgende sind.

1. Der Verein hört auf, eine Vereinigung von Einzelpersonen zu sein. Er wird umgestaltet in einen Verband der Nassauischen Gewerbevereine, Handwerkervereinigungen und Innungen. Bisher war die unbedingt notwendige Zusammenarbeit mit den Fachvereinigungen des Handwerks (Innungen, Handwerkervereine, Genossenschaften der Handwerker) ungeheuer erschwert, wenn nicht unmöglich dadurch, daß der Verein nur Einzelmitglieder kannte, die den einzelnen Lokalgewerbevereinen wiederum als Untervereinigungen angehören mußten. Mit dieser Einrichtung mußte gebrochen werden. Sie war längst veraltet und nicht mehr den Anforderungen genügend.

Nunmehr kann jede der genannten Vereinigungen Mitglied des Verbandes werden und soll dieser Verband dem Interesse des Nassauischen Handwerks und seiner verwandten Gewerbebetriebe mit Erfolge dienen, dann muß

auch jede der genannten Vereinigungen diesem Verbands beitreten. Geht es dies nicht, ist die Einrichtung verfehlt.

Außer diesen Vereinigungen, zu denen in erster Linie natürlich die Lokalgewerbevereine gehören, und zu denen sich famtliche Innungen, Fachvereinigungen und Genossenschaften des Nassauischen Handwerks hinzugesellen müssen, gibt es nur noch korrespondierende und Ehrenmitglieder.

2. Der Mitgliedsbeitrag des einzelnen Vereins (Innung), der dem Verband als Mitglied angehört, wird nicht mehr auf Jahre hinaus in den Satzungen festgelegt, sondern jährlich in der ordentlichen Hauptversammlung nach den Bedürfnissen und Aufgaben des Verbandes bei Besprechung und Genehmigung des Voranschlags für den Haushaltsplan von der Hauptversammlung für jedes Jahr neu festgesetzt.

Es wird für jede Vereinigung, die dem Verband angehört, der Beitrag bemessen nach der Anzahl der der einzelnen Vereinigung angehörenden Einzelmitglieder.

Ist jedoch ein solches Einzelmitglied sowohl Mitglied eines Lokalgewerbevereins, als auch einer anderen Vereinigung (Innung, Handwerkervereinigung etc.), dann wird für dieses Einzelmitglied nur einmal der Jahresbeitrag an den Verband abgeführt und zwar durch den Lokalgewerbeverein, dem dieses Einzelmitglied angehört.

3. Die Organe des Verbandes sind:

a) Die ihm angehörenden Einzelvereine (Lokalgewerbevereine, Innungen, Handwerkervereinigungen, Genossenschaften).

b) Die Bezirksverbände, das heißt Verbände von örtlich und wirtschaftlich zusammengehörenden Vereinigungen in der Art der bisherigen Kreisverbände. Diese Bezirksverbände sollen besondere Verwaltungsorgane sein mit eigenen Satzungen, Vereinigungen, die den Bezirksverbanden angehören, müssen Mitglieder des Verbandes sein.

c) Der Zentralvorstand am Sitz des Verbandes.

d) Die Hauptversammlung der Mitglieder.

4. Die Hauptversammlung setzt sich zusammen aus den stimmberechtigten Abgeordneten der Mitglieder. Jede dem Verband angehörige Vereinigung wählt ihre Abgeordneten selbst. Vereinigungen bis zu 50 Mitgliedern wählen einen Abgeordneten. Für je weitere angefangene 50 Mitglieder kann ein weiterer Abgeordneter gewählt werden.

5. a) Der Zentralvorstand besteht aus mindestens 26, höchstens 32 Mitgliedern. Die Bezirksverbände, welche umgehend auf Grundlage der bisherigen Kreisverbände gebildet werden müssen, sofern die örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt eine Umgruppierung der bisherigen Kreisverbände verlangen, wählen je ein Vorstandsmitglied zum Zentralvorstand und zwar einen Vertreter des Handwerks, der möglichst selbst Handwerker sein soll.

Es wird angenommen, daß etwa 18 Bezirksverbände bestehen werden. Außerdem wählt jeder Bezirksverband einen Stellvertreter, der das Recht hat, den Sitzungen des Zentralvorstandes mit beratender Stimme beizuwohnen.

Die gewählten stimmberechtigten Vorstandsmitglieder wählen sich alsdann den geschäftsführenden engeren Vorstand, der aus dem Direktor, dem stellvertretenden Direktor und drei Berichterstattern besteht.

Außerdem erhält je ein Vertreter der Handwerkskammer, des Regierungs-Präsidenten und des Landeshauptmanns Sitz und Stimme in dem Zentralvorstand.

Der also gebildete Zentralvorstand kann weitere sechs ihm geeignet erscheinenden Männer mit Sitz und Stimme in sich aufnehmen.

b) Für die Verwaltung des Fortbildungsschulwesens des Gewerbevereins für Nassau wird ein Ausschuß für das Fortbildungsschulwesen gebildet.

Dieser Schulausschu wird von dem Zentralvorstand eingesetzt. In ihm haben außer den von dem Zentralvorstand bestimmten Mitgliedern Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden, der Lehrerschaft, der beteiligten Berufsstände und der Arbeitnehmer Sitz und Stimme. Der Vereinsdirektor ist auch der Vorsitzende des Schulausschusses.

c) Die Amtszeit des Zentralvorstandes und des Schulausschusses ist 3 Jahre. In den ersten 2 Jahren scheidet je ein Drittel der Mitglieder durch Los aus.

d) Diese außerordentlich wichtige und gänzliche Neugestaltung der obersten Leitung des Verbandes war notwendig.

Zunächst ist durch die Trennung der Schulverwaltung von den übrigen Aufgaben die Gewähr dafür gegeben, daß die eigentlichen Interessen der Mitglieder Förderung von Handwerk und Gewerbe, energische Vertretung der Mitglieder im Wirtschaftskampf, unbelastet durch Schulfragen, zur Durchführung gelangen können.

Au der anderen Seite setzt sich dieser Zentralvorstand auf diese Weise lediglich zusammen aus Männern, die mit dem Vereinsinteresse aufs Innigste verbunden sind. Will der Handwerker Handwerkerinteressen vertreten haben, dann muß er, wenn irgend möglich, Männer aus seinen Kreisen auch in die Interessenvertretung entsenden. Nur sie wissen in ihrem Beruf und Gewerbe Bescheid, nur sie können mit Wort und Schrift für ihre Standesinteressen glaubhaft eintreten. In manchen Fällen wird es nicht zu umgehen sein, daß dem Handwerk nahestehende Männer mit warmen Herzen und glänzenden Begabungen berufen werden, für die Interessen des Handwerks und der ihm verwandten Berufsstände einzutreten.

e) Der Zentralvorstand wird und muß die genügende Anzahl von Beamten gegen Entgelt anstellen. Soll gutes geleistet werden, dann muß die Arbeit auch von geschulten Männern im Hauptamt und nicht im Nebenamt getan werden. Solche Männer müssen unter der Leitung der Geschäftsführung des engeren Vorstandes und unter der Kontrolle des Gesamtvorstandes die allgemeinen Vereinsgeschäfte verwalten, ihre ganze Schaffenskraft den Interessen des Handwerks und Gewerbes widmen und eine wirkungsvolle Propaganda des Verbandes in Wort und Schrift in den Vereinen und den politischen Körperschaften ausführen.

6. Für die Bezirksverbände und Lokalvereine werden von einer aus der Mitte der Versammlung gewählten und in der überwiegenden Mehrzahl dem Handwerkerstand angehörigen Kommission besondere Richtlinien ausgearbeitet. Die gewählten Mitglieder gehören zu einem großen Teil Innungen und Innungsausschssen an. Dieselbe Kommission soll ebenfalls in Verbindung mit dem Zentralvorstand auch die Geschäftsordnung für den Verband ausarbeiten.

7. Der Mitgliederbeitrag für das nächste Geschäftsjahr, der für jedes Einzelmitglied der angeschlossenen Vereine an die Kasse des Zentralvorstandes gezahlt werden soll, ist



mit 145 Stimmen gegen 22 Stimmen auf 10 M festgesetzt worden.

Es ist zweifellos, daß für manches unserer alten Mitglieder, insbesondere auch für die jetzt neu geworbenen Mitglieder, die Forderung hoch erscheint. Sie mögen sich aber vor Augen halten, daß auch für das Geld in Zukunft etwas ganz anderes geleistet werden soll, als bisher und daß ihnen durch diese Leistungen der Betrag in kurzer Zeit vielfach wieder in Form wirtschaftlicher Vorteile zugute kommen wird. Soll ein Geschäft zum Blühen gebracht werden, dann muß man auch das Betriebskapital daran wagen.

8. Schlusswort. Der Weg zum Zusammenchluss ist uns vorgezeichnet. Die Gelegenheit zum Eingriff in das wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Leben ist jetzt gegeben. Einmal verpackt, kommt sie vielleicht niemals wieder. Wie ein Mann muß das gesamte Handwerk und Kleingewerbe sich zusammenschließen, seine Forderungen erheben.

Die Organisation, die Form ist da. Es liegt an unseren Mitgliedern, in diese Form das Leben hineinzulegen und sie lebendig zu machen.

Aus eigener Kraft heraus muß diese Organisation sich machtvoll gestalten, so machtvoll, daß die Forderungen nicht ungehört verhallen können.

Wiesbaden, den 21. April 1920.

Der Zentralvorstand  
des Gewerbevereins für Nassau.

## Gewerbliches Unterrichtswesen.

### Meisterkurs für Elektrotechnik.

An der Handwerker- und Kunstgewerbeschule Wiesbaden beginnt in den nächsten Tagen ein Meisterkurs für solche Elektroinstallateure, die die Absicht haben, sich der Meisterprüfung zu unterziehen. Anmeldungen sind umgehend im Geschäftszimmer der Schule, Wellstr. 38, zu bewirken.

## Preisabbau?

(Schluß.)

Der Fehler der Zwangsbewirtschaftung war vor allem, daß für einzelne Arten von Getreide, Fleisch, Fett u. ä. Höchstpreise festgesetzt wurden. Ganze Gruppen (also alles Fleisch, alles Getreide, alle Hülsenfrüchte), hätten gleichzeitig in die Zwangsbewirtschaftung genommen werden müssen. Damit wäre der Schleichhandel auch nicht unterbunden worden, aber es wäre doch verhindert worden, daß sich nun alles auf die noch im Verkehr freien Güter stürzte und die Preise dafür so über alle Massen in die Höhe trieb. Geblieben aber wäre auch bei besserer oder zweckmäßigerer amtlicher Erfassung immer noch eine erhebliche Benachteiligung der Güterhersteller, deren Erzeugnisse in die Zwangswirtschaft genommen wurden, verglichen mit denen, deren Erzeugnisse im freien Verkehr blieben. Daß sich eine so ungleiche Behandlung der Güterhersteller in der Volkswirtschaft rächen muß, bedarf keines besonderen Beweises. Entweder alles muß amtlich (in einem entsprechenden Verhältnis) reglementiert werden: Also sämtliche Waren, Löhne und Gehälter, oder der Staat müßte sich darauf beschränken, dafür zu sorgen, daß keine Lebensmittel außer Landes gehen und daß so viele wie möglich vom Ausland hereinkommen. Wenn sich irgendwo Lücken gezeigt hätten, hätte er mit Beihilfen eingreifen können. Aber sehen wir von dem ab, was hätte sein sollen. Die leitenden Stellen glaubten eben nicht, daß der Krieg so lange dauern würde, daß der Gürtel immer enger geschnürt werden müsse und sich die Zwangsbewirtschaftung zu einem von allen empfundenen Uebel auswachse.

Heute bleibt uns die Aufgabe, die Schädigungen, die die Zwangswirtschaft angerichtet hat, zu beseitigen. Dahin gehört der Abbau der Preise, wie da und dort gesagt und geschrieben wird. Ja, aber welcher Preise? Sollen die Schleichhandelspreise abgebaut werden, die amtlich festgesetzt oder die im freien Verkehr üblichen? Die Sache ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die Forderung des Abbaues der Preise ist sehr unklar

und undurchsichtig. Wer soll sie abbauen und in welchem Verhältnis sollen sie abgebaut werden?

Je mehr man fragt, umso deutlicher zeigt sich, daß wir da vor unlöslichen Aufgaben stehen. Die Sache wird so verwickelt, daß man letzten Endes nicht mehr ein noch aus weiß. Zunächst muß einmal gesagt werden, daß alles Erzwungene oder Erzwungene in der Volkswirtschaft nur Schaden anrichtet. Die Zwangswirtschaft zeigt, wohin die künstlichen Eingriffe führen. Fast ist man versucht, zu sagen, die hat uns alle in den Sumpf geführt, oder wenn man dieselbe Tatsache anders ausdrücken will, entfällt. Der eine verrät dem andern seine besondere Bezugsquelle, jeder kauft gegen die amtlichen Festsetzungen, jeder versteckt, verheimlicht, jeder will dem andern in der Versorgung zuvorkommen. Schleichhandelspreise werden willig gezahlt, aber wir fürchten und scheuen uns, so nach und nach von dieser Art von Zwangsbewirtschaftung loszukommen. Wir fürchten uns vor den hohen Preisen, die die freie Wirtschaft mit sich bringen würde, geben aber aus Reichsmitteln  $1\frac{1}{2} + 3$  Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel. Also wir zahlen hoch, wenn wir uns nicht blind und taub stellen, heute schon die Preise, die in der freien Wirtschaft sicher nicht höher wären. Wenn wir aber heute tatsächlich dies oder das billiger bekommen, so können wir uns darauf verlassen, daß uns diese Billigkeit später teuer zu stehen kommt. Wir leben jetzt von den Erträgen der zukünftigen Arbeit. Denn niemand anders als wir selber, müssen das Geld für  $1\frac{1}{2} + 3$  Milliarden Mark erarbeiten. Was also so zum Abbau der Preise getan wird, ist ein recht zweifelhaftes Geschäft.

Soll der heutige Zustand bereinigt werden? Entgegen den Regeln der Preisbildung gehandelt werden? Der Preis einer Ware soll nicht mehr von ihrer Seltenheit, von der Schwierigkeit ihrer Erlangung abhängig sein und davon, ob sie dringend oder nicht dringend gebraucht wird, sondern davon, wie eine amtliche Stelle, eine zusammengerufene Preisprüfungsstelle darüber denkt! Preisabbau heißt doch nichts anderes, als künstlich die Preise für Waren und Arbeit herabsetzen. Denn jede andere Auslegung hätte keinen Sinn. Von einem Preisabbau kann nur gesprochen werden, wenn eine Stelle da ist, die die Preise künstlich herabsetzt, im Gegensatz zur freien Preisbildung, die sich nach den Regeln des Angebots und der Nachfrage vollzieht. So hart es für den einzelnen sein mag, wenn das Angebot sinkt und die Preise steigen, so zweckmäßig ist dieser Vorgang. Er zeigt an, daß sich der Verbrauch entweder einschränken muß, oder daß die Verbraucher ihr Einkommen vermehren müssen, um die gestiegenen Preise zahlen zu können. Mehr Einkommen schaffen heißt, mehr erarbeiten. Ein anderes Heilmittel gegen das Uebel der Preissteigerungen gibt es nicht. Greift irgend eine Stelle hemmend in diesen Vorgang ein, so handelt sie dem Volkswohl entgegen. Sie verhindert die so nötige Einschränkung einzuweisen oder die wünschenswerte Steigerung der Erzielbarkeit der Arbeit.

Es wird auch ganz übersehen, daß es für den Staat nicht einerlei ist, ob das versteuerbare Einkommen beispielsweise 50 Milliarden oder 150 Milliarden Mark beträgt. Wenn die Preise abgebaut würden, so würde auch der Steuerbetrag, den der Staat von seinen Bürgern erhebt, gewaltig sinken. Er könnte damit seine Aufgaben nicht erfüllen. Ohne näher hierauf einzugehen: Das Staatsinteresse fordert keinen Abbau der Preise.

Nicht die hohen Preise sind es, die bekämpft werden müssen, sondern der Mangel muß beseitigt werden. Wenn heute die Mark nur noch 10 Pfennig wert ist und die Entwertung hat sich allgemein durchgesetzt und ihr haben sich die Löhne und Gehälter angepaßt, so ist damit eben eine Entwicklung zum Abschluß gekommen, die gar nichts Bedrückendes an sich zu haben braucht. Nur bis diese Entwicklung sich allgemein durchgesetzt hat, müssen viele Haare lassen. Und darüber ist ein Wort zu reden, daß die einen den Übergang viel leichter übersehen als andere; daß es Berufsgruppen

gibt, die sich schnell an die neuen Verhältnisse anpassen können und sich mit ihnen abfinden, während andere in weiten Abständen nachhinken müssen und dabei all das Uebel zu kosten bekommen, was damit verbunden ist. Es gilt hier das Wort: Den letzten beißen die Hunde.

Der hier angebeutete Ausgleich ist zu schaffen. Volkswirtschaftlich aber unrichtig ist es, an einer ganz anderen Stelle den Hebel zur Beseitigung anzusetzen zu wollen. Etwa mit dem Abbau der Preise zu beginnen. Wäre es überhaupt nicht richtiger, alles, was mit ab-, un- und nieder- anfängt, mit aller Kraft zu bekämpfen? Nicht Abbau, sondern Aufbau hat die deutsche Volkswirtschaft nötig. Es gilt das Uebel mit der Wurzel auszureißen: Den Mangel mit den dazu wirksamsten Mitteln zu bekämpfen: Mit Geist und Hand auf eine ausreichende Güterversorgung bedacht zu sein. F. A. B.

## Anschluß des Reichsverbandes des deutschen Handwerks an die Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Berlin.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks als die Spitzenvertretung der Arbeitgeberseite dieses Berufsstandes hat sich der Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Berlin, angeschlossen, um hierdurch seinerseits die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in Verbindung mit den Arbeitnehmern nach den von der Zentralarbeitsgemeinschaft aufgestellten Grundsätzen darzutun. Der Beitritt ist durch die Satzungsbestimmungen der Zentralarbeitsgemeinschaft geregelt. Nach diesen setzt sich der Zentralvorstand aus je 23 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, die auf die Dauer von 2 Jahren benannt werden. Jede Reichsarbeitsgemeinschaft hat Anspruch auf je 1 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Zentralvorstande. Die übrigen Vertreter werden von den erwähnten Zentralkomitees der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände aus ihrer Mitte gewählt mit der Maßgabe, daß 2 Vertreter und 2 Stellvertreter der Arbeitgeber vom Reichsverbande des deutschen Handwerks zu benennen sind. Der Zentralausschuß wird aus Abgeordneten gebildet, die von den Reichsarbeitsgemeinschaften aus der Zahl ihrer Mitglieder zunächst für 2 Jahre gewählt werden. Ferner treten dem Zentralausschuß bei: je 9 Vertreter, die von den Zentralkomitees der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abgeordnet werden, wovon 2 Vertreter und 2 Stellvertreter der Arbeitgeber vom Reichsverbande des deutschen Handwerks zu benennen sind.

Mit den fachlichen Verbänden des Handwerks steht der Reichsverband des deutschen Handwerks in laufender Verhandlung, um sie zu veranlassen, nimmereither ihrerseits entsprechend dem Vorgehen des Reichsverbandes bei der Zentralarbeitsgemeinschaft Anschluß an die für ihren Beruf bestehenden Reichsarbeitsgemeinschaften zu suchen.

(Gewerbeblatt für Meissen.)

## Technisches.

### Vom Beizen.

In früheren Jahren, wo die Beizkenntnisse sich im allgemeinen auf braune Beizen mittels Nusschalen und Kali beschränkten, mag ein Geheimnis mit anderen Beizungen, wie es sich gegenwärtig noch bei vielen Fabriken findet, angebracht gewesen sein, aber heute, wo die Chemie ihre eingehenden und erfolgreichen Forschungen auf diesem Gebiete zur allgemeinen Verfügung stellt, können dem Fachmann keine stichhaltigen Geheimnisse mehr vorgespiegelt werden. Der Erfolg des Beizens ist an die richtige Vorbereitung des Holzes und an die richtige Verwendung der zur Verfügung stehenden Beizmaterialien gebunden. In der Regel schiebt man Mißerfolge auf mangelhafte Beschaffenheit der Beizflüssigkeit. Das zu verwendende Holzmaterial muß von gleicher Beschaf-



fenheit in Struktur und Farbe sein, wenn die Beizung gut ausfallen soll. Bedenkt man, wie verschiedenartig die Stämme sind, daß helle und dunkle Streifen und Flecke durch Beizen nicht ausgeglichen werden können (sondern nur durch Anstriche), daß die Verbsäure des Holzes bei den meisten Beizungen eine Rolle spielt, daß bei allzu dünnen ausgekochten Furnieren der Leim oft durchschlägt, der zudem noch vielfach durch Kreide und Ähnliches gestreckt ist (die Beizflüssigkeit löst den Leim), so übersteht man einigermaßen die wesentlichen Punkte, die zu beachten sind. Die Beize muß in das Holz eindringen. Die Hölzer unterscheiden sich hierin wesentlich, dadurch erhalten sie verschiedene Färbung. Schon Kern- und Splintholz desselben Bretts wird beim Beizen verschiedene Töne ergeben. Der beste Beizgrund wäre eine Fläche, die nur mit dem Puhobol sauber vorbearbeitet ist. Da sich aber mit dem Puhobol allein eine ebene Fläche nicht erreichen läßt, so muß noch Ziehlinge und Glaspapier die Mulden und Anlässe der einzelnen Hobelstriche beseitigen. Hierbei werden für den Beizgrund die meisten Fehler gemacht. Das scharfe Hobeleisen scheidet wirklich, ohne die Faser zu verletzen, durch Ziehlinge und Glaspapier aber wird in den meisten Fällen die Holzfaser zerdrückt und zerrissen. Kommt die Beizflüssigkeit auf die Holzfläche, so entsteht durch Quellen der zerrissenen und beschädigten Fasern das gefährdete Raubwerden der vorher schon glatt geschliffenen Fläche. Eine gutgeschärfte Ziehlinge muß bei leichtem Druck seidenpapierfeine Späne schneiden. Eine stumpfe Klinge reißt Fäden statt Späne, zerstört die Struktur des Holzes und quetscht die hochstehenden Holzfaser in die Poren. Dasselbe gilt vom unvorsichtigen Schleifen mit Glaspapier. Dieses ist um einen elastischen Schleifkloß zu legen, mit dem dann mit leichtem Druck vorsichtig in der Richtung der Holzfaser zu schleifen ist. Vor dem Beizen muß die Fläche sauber ausgebürstet werden, so daß aller Schleifstaub aus den Poren herauskommt. Zweckmäßig wird die Fläche vorher mit lauwarmem Wasser abgewaschen und nach dem Trocknen sauber nachgeschliffen. Holz, das vor dem Beizen mehrere Stunden warmgestellt wurde, nimmt die Beize besser an. Für die Anwendung der vielen durch die Chemie gelieferten Beizflüssigkeiten ist eine nähere Kenntnis der Eigenschaften jeder einzelnen unerlässlich. Es gibt saure und basische Beizen; beide darf man natürlich nicht mischen, um Zwischenfarben zu bekommen, sonst verliert ihre Wirkung. Es genügt also nicht, daß man irgendwelche trockene Beizmasse kauft, sie auflöst und mit dem Pinsel säuberlich auf das Holz streicht.

## Kurze Mitteilungen.

Am Amtsblatt der Preuss. Regierung zu Wiesbaden Nr. 14 vom 3. April 1920 gelangten die Bestimmungen über die bei Hochbauten anzunehmenden Belastungen und über die zulässigen Beanspruchungen der Baustoffe vom 24. Dez. 1919 zur Veröffentlichung. Wir machen die beteiligten Kreise auf die Veröffentlichung hiermit aufmerksam.

## Aus den Kreisverbänden.

### Kreisverband St. Goarshausen

Die am 1. März 1920 in Kamp stattgehabte Versammlung des Kreisverbandes war nur von 23 Vertretern von Gewerbevereinen, Innungen und Handwerkervereinen besucht. Von den eingeladenen 6 Stadt- und 58 Landbürgermeistern waren erschienen die Herren Bürgermeister Rindt-Lamp und Bürgermeister Schüring-Brandach. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Herr E. Schidel-Oberlahnstein, leitete nach einer Begrüßung der erschienenen die Versammlung ein mit einem ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten in Brandach stattgehabten Versammlung, die eine sehr rege und weitverbreitete gewesen und die so recht die Notwendigkeit zur Gründung des Kreisverbandes zeigte; namentlich hat die Innungsbildung in unserem Kreise ganz erfreuliche Fortschritte gemacht — ja man kann sagen, daß nun alle Gewerbe reiflos ergriffen, zusammengefaßt sind. Verbandssekretär Lemb-Brandach gab

die Niederschriften der letzten Versammlung und der seit derselben stattgehabten vier Vorstandssitzungen bekannt; über die Beschlüsse der letzteren wurde im Laufe der Tagung verhandelt. Um eine bessere Verbindung mit den Landorten zu ermöglichen, schlug der Vorstand vor, ein weiteres Vorstandsmitglied (stellvertretender Schriftführer) zu wählen, das seinen Wohnsitz in Nassau haben soll. Die Versammlung stimmt dem einstimmig zu und wird Herr Buchbindermeister Werner-Kastätten gewählt. Der Vorstand besteht nun aus folgenden Herren: Papierhändler Schidel-Oberlahnstein, 1. Vorsitzender; Kallermeyer St. Goarshausen, 2. Vorsitzender; Buchbindermeister Lemb-Brandach, 1. Schriftführer; Buchbindermeister Werner-Kastätten, 2. Schriftführer und Tapeziermeister Kirchhöfe-Niederlahnstein, Kassier. Ueber die Verfassungs- und Auskunftsstelle des Kreisverbandes, die im alten Nassau zu Oberlahnstein eingerichtet ist, konnte der Vorsitzende nur einseitiges berichten. Die Innungssprachnahme ist sehr rege und haben bereits ganz erfolgreiche Beratungen stattgefunden, die auch für die Zukunft erfolgversprechend sind. Bei der Besprechung des aufgestellten Haushaltsplanes bedauert der Vorsitzende, daß von den einzelnen Kreisgemeinden keine Vertreter anwesend seien, man habe daher gehofft, nachdem allen Gemeinden Auforderungen zur finanziellen Unterstützung des Kreisverbandes gestellt worden seien, heute greifbare Resultate zu erwarten. In der allgemeinen Aussprache kam der Wunsch zum Ausdruck, nochmals an alle Stadt- und Landgemeinden zwecks Unterstützung heranzutreten. Auch die Kreisverwaltung, die bisher 300 Mark gegeben, müsse um einen viel höheren Zuschuß erlucht werden, ebenso der Zentralvorstand, der nur denselben Betrag bewilligt und die Handwerkskammer, die noch nichts beigeküert habe, trotzdem der Vorstand durch seine tatkräftige Mitarbeit die Innungsbildung so vorbildlich gefördert habe. Im übrigen wird der aufgestellte Plan freitens der Versammlung genehmigt. Als Beitrag der einzelnen Vereine und Korporationen, die im Kreisverband zusammengeschlossen sind, werden pro Mitglied und Jahr 50 Pfg. erhoben. Bei sonstigen Verbandangelegenheiten kamen eine Anzahl Fragen zur Erörterung, die dem Vorstand zur weiteren Veranlassung überwiesen wurden. U. a. wurde gewünscht, daß der Verband den Wunsch der Lehrerschaft, im Zentralvorstand vertreten zu sein, unterstützen solle, um zu erreichen, daß berechnete Forderungen Erfüllung finden; auch soll der Vorstand bei der Kreisverwaltung vorstellig werden, daß den kriegsbeschädigten Handwerkern mehr geholfen werde zur Beseitigung ihrer Existenz. Bei Gesellenprüfungen soll erstrebt werden, daß neben der praktischen, auch die theoretische Prüfung mehr Berücksichtigung findet. Weiter sei die Versorgung der Handwerker für die Zeit, in der sie nicht mehr im Betrieb tätig sein könnten, mit allen Mitteln anzustreben, sei es durch Versicherungen oder durch Gründung von Hilfskassen. Der Frage der Abhaltung von Vorträgen über die neuen, die Handwerker besonders bedrohenden Steuern will der Vorstand ganz bald nähere treten und soll der Kreisfeuersekretär veranlaßt werden, in den einzelnen Gemeinden diesbezügliche aufklärende Vorträge zu halten. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Niederlahnstein bestimmt und die Festsetzung der Zeit dem Vorstand überlassen. Unter herzlichem Dank für das rege Interesse, das die Anwesenden den einzelnen Verbandsfragen entgegengebracht und denen seitens des Vorstandes lebhafteste Förderung in Aussicht gestellt wurde, schloß der Vorsitzende gegen 6 Uhr die angeregte Versammlung.

## Bücherschau.

• Baue Dir selbst. Des Deutschen Weg zum eigenen Heim. Deutschlands volkstümliche Bauweise. Von Max Berg. 12. Auflage. Mit Abbildungen. 2 Mk., Heimkultur, Wiesbaden.

Prot. Walbau's und Dipl. Ing. Fichs's gemeinsame Arbeit einer bürgerlichen Baukunde: „Wo und wie baue ich mein Haus? Wie richte ich es ein?“ (8<sup>te</sup> 196 Seiten mit 300 Abbildungen im Text, 5,20 Mk. zuzüglich 50% Feuerungszuschlag, Verlag Degener, Leipzig) hat trotz des jahrelangen Krieges nun jetzt bereits die fünfte verbesserte Auflage erlebt.

## Handwerkskammer Wiesbaden.

### Auszug aus dem Protokoll

der 216. Vorstandssitzung der Handwerkskammer vom 24. Februar 1920.

Anwesend: Der Vorsitzende, Herr Carlens-Wiesbaden, sowie die Vorstandsmitglieder, Herren Reg. r. Valtenthein, Hande-Frankfurt a. M., Bank-Wiedenkopff, Müller-Bad Ems, Stadtrat Meier-Wiesb.-d. n., sowie der Syndikus der Handwerkskammer Herr Schroeder, Wiesbaden. Für Herrn Müller-Frankfurt a. M. ist dessen St. Vertreter, Herr v. d. Emben-Frankfurt a. M. anwesend.

1. Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

2. Der Syndikus berichtet zunächst über die Tätigkeit der Vermittlungsstelle, wie dies in dem Protokoll der Gesellschafts-Versammlung näher ausgeführt ist. Im Anschluß daran berichtet er über die Kammerstätigkeit. Daraus ist hervorzuheben:

a) Der Vorstand nimmt Kenntnis von einer Verfügung des Herrn Delegierten der Hohen Kommission vom 11. Januar, ebenso von der Anweisung der Hohen Kommission, besonders bezüglich der Beamten der besetzten Gebiete.

b) ebenso von dem Bericht über die Verhandlungen mit den Preussischen Herren Ministern vom 7. Februar.

c) ebenso von den Verhandlungen und Beschlüssen des Ausschusses des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtes und des Landesgewerbeamtes.

3. Auf den Vortrag des Syndikus bezieht der Vorstand nunmehr die schon früher durch die Vollversammlung genehmigte Errichtung einer Vermittlungsstelle für die Genossenschaften in Wiesbaden und Umgebung. Es bleibt vorbehalten, die Beratung demnachst auch auf Frankfurt a. M. b. zu den ganzen Kammerbezirk auszudehnen. Die Einzelheiten werden der Geschäftsstelle überlassen. Für die Beratung sollen von den Genossenschaften Gebühren erhoben werden.

4. Es wird verhandelt über die Schaffung einer Beratungsstelle für Sienerfachen bei der Kammer und die Übertragung der Beratung an einen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter.

5. Einer Anregung des Handwerksamts Frankfurt, die Renten der kriegsbeschädigten am Lohn nicht zu kürzen, soll im Interesse der kriegsbeschädigten selbst nicht näher getreten werden.

6. Nach Einholung eines Gutachtens des Sachverständigen Herrn Schlosser-Frankfurt a. M. wird vorerst von der Weiterverfolgung der Sache wegen Schaffung einer Handwerks- und Gewerbezeitung abgesehen.

7. Der Vertrag wegen Errichtung des Handwerksamts Limburg soll dem Zentralvorstand des Gewerbevereins f. Nassau zur Mitunterzeichnung unverändert wieder vorgelegt werden. Die von letzterem gewünschten Änderungen kann der Vorstand umso weniger bewilligen, als der Innungsausschuß Limburg mit dem vorliegenden Entwurf einverstanden ist, und keine Änderungen wünscht.

8. Der Hauptausschuß der Frankfurter Handwerker-Verbände wünscht Abschrift des dienstlichen Berichts der Kammer an den Herrn Regierungspräsidenten zur Sache betr. Errichtung einer Handwerkskammer in Frankfurt a. M. Der Vorstand konnte dem Wunsch nicht entsprechen, da es sich um ein amtl. Schriftstück handelt. Letzteres wird heute verlesen und gebilligt.

9. Der Eisenbetonkursus II zu Frankfurt (Dr. Kischke) ist eröffnet und hat 30 Teilnehmer. Auf Antrag wird auch hierfür eine Kostenbeihilfe von 300 Mark bewilligt.

10. Auf Antrag des Bädermeisters Wilh. Grae zum zu Freudenitz wird dessen neunzehnjähriger Lehrling die Lehrzeit auf zwei Jahre ermäßigt.

11. Dem Elektromechanikerlehrling Wilh. Tienbach bei Albert Untenbach zu Bad Ems wird auf Antrag des Lehrherrn die Lehre auf 2½ Jahre ermäßigt.

12. Der Schlosserlehrling Carl Thomas zu Dillenburg wird zur Gesellenprüfung zugelassen.

13. Ein gleicher Antrag des Hilfsbrechers Val. Schmitt zu Oberweyer wird abgelehnt und dem Antragsteller anheimgegeben, zunächst wenigstens ein Jahr die ordnungsmäßige Handwerkslehre auszuüben.

14. Die Frühjahrsvollversammlung wird gegen Ende April in Aussicht genommen.

15. Der Antrag des Schmiedemeisters Phil. Müller-Lamberg auf vorzeitige Zulassung seines Lehrlings Joh. Steinebach zur Gesellenprüfung wird abgelehnt — der Konsequenzen wegen —.

16. Die Handwerker- und Kunstgewerbeschule Wiesbaden beantragt eine Beihilfe zur Beschaffung von Werkzeugen für Schlosser für die Lehrwerkstätte. Es soll um Angabe der benötigten Werkzeuge erlucht und die Beschaffung in natura versucht werden.

17. An Stelle des erkrankten Herrn Gg. Ehr. Müller zu Frankfurt a. M. wird dessen Stellvertreter, Herr v. d. Emben als Vertreter der Kammer im Beirat der Zweigstelle Frankfurt a. M. des Reichswanderungsamtes ernannt.

18. Ein Antrag des Magistrats Frankfurt a. M. wegen Neuordnung der Beitragspflicht der Kammer wird besprochen und soll näher geprüft werden. Die Herren Hande und v. d. Emben übernehmen es, dafür zu sorgen, daß die Behandlung dieser Sache von der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt a. M. bis zur Entscheidung der Kammer verlagert wird.

19. Der Punkt Arbeitsgemeinschaft mit dem Gewerbeverein wird verlagert.

Für die Richtigkeit: Der Syndikus: Schroeder.



